



ist keine Alternative!

**AfD**  
**entblättert**

**Arbeit & Soziales**

## Arbeit und Soziales im Programm der AfD

Die AfD ist eine **radikal neoliberale** Partei. Sie will Reiche reicher machen und Gering- und Normalverdiener\*innen in die „Verantwortung“ nehmen. Deregulierte, „freie“ Märkte sollen das meiste regeln – obwohl klar ist, dass auf diesen Märkten das **Recht des\*der Stärkeren** gilt. Vor allem soll der Staat das **Eigentum der Reichen** schützen!

Die Steuerpolitik ist für die AfD nicht etwa ein Mittel um Ungerechtigkeiten auszugleichen, sondern ein Hebel, um **den Staat aus dem öffentlichen Leben zurückzudrängen**. Sie will die ermäßigten Mehrwertsteuersätze abschaffen, was insbesondere **Niedrigverdiener\*innen** trifft. Zudem werden die Steuerkürzungen im unteren Bereich mehr als 30 Mrd. Euro kosten und eine Gegenfinanzierung ist nicht vorgesehen. Im Gegenteil: Auch die Reichen sollen laut AfD noch weniger zum Gemeinwohl beitragen. Die Erbschaftsteuer soll abgeschafft, eine Vermögensteuer verhindert werden.

**Abschaffung der ermäßigten Mehrwertsteuersätze trifft vor allem Niedrigverdiener!**

Der Staat soll Steuermittel für den Schuldenabbau einsetzen und Ausgaben kürzen. Eine Steuer- und Abgabebremse soll ins Grundgesetz, damit ihre Steuersenkungen nie wieder rückgängig zu machen sind.

Die Gewerbesteuer soll am besten abgeschafft werden, was die eh schon klammen Kommunen besonders trifft.

Die AfD ist eine **Arbeitgeber\*innen-Partei**. Sie will weniger Regeln für Unternehmen und deren Lohnkosten mittels Kombilohn zu Lasten der Steuerzahler\*innen senken.

Auch die solidarische Arbeitslosenversicherung passt nicht ins AfD Konzept. **Arbeitslosigkeit ist für die Partei ein persönliches Risiko**. Das Arbeitslosengeld I soll privatisiert werden: **„Arbeitnehmern steht dann der Weg offen, mit eigenen und individuell maßgeschneiderten Lösungen für den Fall der Arbeitslosigkeit vorzusorgen.“**

Flexibel soll auch das Rentenalter angepasst werden. Es soll sich künftig an der steigenden Lebenserwartung orientieren. Den beschwerlichen Weg zur Gleichstellung der Geschlechter mit ihren Quotenregelungen würde eine AfD-geführte Regierung für null und nichtig erklären: weg mit dem Gender-Mainstreaming, weg mit der Quote, weg mit Diversity und Anti-Diskriminierungsregeln. Im Wahlprogramm der AfD Baden-Württemberg findet sich auch der Vorschlag, **Langzeitarbeitslose mit „Bürgerarbeit“ zu beschäftigen** – mit einer Bezahlung unterhalb des derzeitigen gesetzlichen Mindestlohns. Zudem verspricht die AfD im Ländle, die „Flexibilisierung des Arbeitsmarktes“ voranzubringen und kleinere Betriebe „von arbeitsrechtlichen Vorschriften“ zu entlasten. All dies ist im Programm der AfD zu finden.

## Die Vermögen

in Deutschland sind so gestiegen und verteilt ...

### Pro-Kopf-Nettovermögen



Quelle: Jaraß, Obermaier 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012



Der DGB sagt an dieser Stelle:  
**Stoppt den neoliberalen Irrsinn!**

### Wer sind denn „WIR“ überhaupt?

Wir sind ein breites Bündnis von aktiven, politisch denkenden Menschen aus unterschiedlichen Organisationen, Zusammenhängen, Gruppen...

Als uns klar wurde, dass die AfD und vielleicht auch andere rechte Parteien hier in Lüneburg in den Kommunalwahlkampf ziehen, haben wir uns zusammengefunden, um klar zu machen: Das wollen wir nicht!

### Was wollen wir?

Die AfD hat eine Menge Mist in ihrem Wahlprogramm, doch oftmals gehen sie öffentlichkeitswirksam nur mit ein paar Parolen, die bei Dir gut ankommen sollen, auf Stimmenfang.

**Wir wollen die AfD entblättern** und einmal zusammen tragen, was die AfD so geschliffen schreibt, was dahinter steckt und was wir von einer empzipatorischen Gesellschaft erwarten.

Und eins ist von Anfang an klar:

**Das, was wir wollen, will die AfD ganz und gar nicht!**

Auch dieser Themenflyer ist natürlich nur eine kleine Auswahl an guten Argumenten gegen die Politik der AfD. Mehr kannst Du hören unter:  
<http://www.freie-radios.net/mp3/20160722-quotafdr-78217.mp3>

### DGB Region Nord-Ost-Niedersachsen

V.i.S.d.P.: Dr. Matthias Richter-Steinke,  
DGB Region Nord-Ost-Niedersachsen,  
Heiligengeiststraße 28, 21335 Lüneburg

